

Ein Blick auf die Entwicklung von Handels- und Marktvolumen zeigt die Unterschiede zwischen den Märkten in Shanghai und Shenzhen:

- In Shanghai gibt es 372 Unternehmen, die A-Aktien und 50 Unternehmen, die B-Aktien emittieren. Das Handelsvolumen der A-Aktien beläuft sich auf 2,22 Mrd. Yuan, das der B-Aktien auf 50,5 Mio. US\$. Die Marktkapitalisierung bei den A-Aktien beträgt 882 Mrd. Yuan, bei den B-Aktien 19 Mrd. Yuan.
- In Shenzhen sind 346 A-Aktien, 51 B-Aktien und 39 H-Aktien notiert. Die letztgenannten H-Aktien sind an der Börse in Hongkong begeben worden. Das Handelsvolumen der A-Aktien beläuft sich auf 3,8 Mrd. Yuan und das der B-Aktien auf 22,9 Mio. US\$. (FT, 8.1.98) -schü-

SVR Hongkong

37 36 Hongkonger Delegierte für den Nationalen Volkskongreß bestimmt

Im Dezember wurden die 36 Mitglieder einer eigenständigen Hongkonger Delegation für die konstituierende Tagung des IX. Nationalen Volkskongresses (NVK) in Beijing Anfang März gewählt. Dies ist ein Novum, denn zur Zeit der britischen Kolonialherrschaft waren die Hongkonger Delegierten in die NVK-Abgeordnetengruppe der Provinz Guangdong integriert. Auch waren die Hongkonger Delegierten in der Vergangenheit nicht gewählt, sondern durch die inoffizielle Repräsentanz der VR China in Hongkong (die Zweigstelle der Nachrichtenagentur Xinhua) ernannt worden.

Die Zusammensetzung der 424köpfigen Wahlkonferenz war durch den Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses festgelegt worden. Der Wahlkonferenz gehörten die Mitglieder chinesischer Nationalität des Auswahlkomitees an, das ein Jahr zuvor

schon den Regierungschef Tung Chee-hwa gewählt hatte; darüber hinaus die Hongkonger Mitglieder der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes und die Mitglieder chinesischer Nationalität der Provisorischen Legislative (sofern sie nicht schon dem Auswahlkomitee angehörten).

Die neuen Hongkonger NVK-Delegierten wurden in einem mehrstufigen Auswahlverfahren bestimmt. (Xinhua, 9.12.1997)

- Vom 10. bis zum 12. November wählte die Wahlkonferenz aus ihrer Mitte ein elfköpfiges Präsidium mit Tung Chee-hwa als Vorsitzendem und billigte die „Einzelbestimmungen über die Wahl der Delegierten aus der SVR Hongkong zum IX. Nationalen Volkskongreß“.
- Das Nominierungsverfahren fand in der Zeit zwischen dem 13. und 28. November statt. 139 Personen (darunter auch drei Vertreter der chinakritischen Demokratischen Partei) bewarben sich um eine Nominierung, nur 72 aber (keiner der Demokraten) erreichten die Mindestzahl von zehn Nominierungen durch die Mitglieder der Wahlkonferenz.
- Am 6. Dezember wurde sodann eine Vorwahl abgehalten, weil die Zahl der Nominierten nach den Wahlbestimmungen die Zahl der Mandate nicht um mehr als die Hälfte überschreiten soll. In der Vorwahl wurde die Zahl der offiziellen Kandidaten deswegen auf 54 reduziert.
- In geheimer Abstimmung wurden am 8. Dezember schließlich die 36 NVK-Delegierten aus Hongkong gewählt. Bei der Wahl war auch der aus Beijing entsandte Generalsekretär des Nationalen Volkskongresses, Cao Zhi, zugegen.
- Die Liste mit den Gewählten wurde zur Bestätigung an die Mandatsprüfungskommission (*zige shencha weiyuanhui*) des Nationalen Volkskongresses in Beijing weitergeleitet.

Die meisten Stimmen (397 von 419 anwesenden Mitgliedern der Wahlkonferenz) erhielt der Direktor der Zweigstelle der Xinhua-Nachrichtenagentur in Hongkong, Jiang Enzhu, der zu-

gleich als Sekretär des verdeckt operierenden Hongkong-Arbeitskomitees der Kommunistischen Partei Chinas der ranghöchste Parteifunktionär in der Sonderverwaltungsregion ist. Jiang Enzhu gehörte als einziger der neugewählten Delegierten nicht zugleich der Wahlkonferenz an. Von der Hongkonger Opposition wurde heftig kritisiert, daß Jiang als Beijinger Funktionär und Diplomat wohl kaum die Qualifikation besitze, als Vertreter des Hongkonger Volkes in den NVK einzuziehen. Die *Financial Times* merkte ironisch an, daß mit der Wahl Jiang Enzhus Beijings Spitzenmann in Hongkong in einer bemerkenswerten Metamorphose zum Spitzenmann Hongkongs in Beijing werde. (FT, 26.11.1997)

Alle vierzehn amtierenden NVK-Delegierten, die sich zur Wiederwahl stellten, wurden in die Abgeordnetengruppe gewählt. Vertreter chinasnaher Organisationen und Mitglieder der Provisorischen Legislative erhielten ebenfalls eine hohe Stimmenzahl. Das Durchschnittsalter der Gewählten beträgt 57,4 Jahre. (*Guangjiaojing*, 1997/12, S.38-39 und 50)

Während der verschiedenen Schritte des Auswahlverfahrens gab es immer wieder Gerüchte, daß chinesische Stellen Empfehlungen für das Abstimmungsverhalten an die Mitglieder der Wahlkonferenz weitergeleitet hätten. Nicht nur seien 20 Kandidaten von Beijing namentlich favorisiert worden, sondern es habe auch Anweisungen gegeben, die „Bildung von Cliques und Gruppierungen“ unter den Nominierten bzw. Gewählten unbedingt zu vermeiden. Beijing habe sich dagegen ausgesprochen, daß einzelne Hongkonger Parteien oder Organisationen innerhalb der NVK-Delegation eine dominante Stellung gewinnen. (*Ming Pao*, 27.11.1997, nach SWB, 29.11.1997; *Ping Kuo Jih Pao*, 26.11.1997, nach SWB, 27.11.1997)

Die einflußreichsten chinafreundlichen Organisationen schnitten dennoch unterschiedlich ab: Die Demokratische Allianz für ein Besseres Hongkong konnte in der abschließenden Wahl vier ihrer sieben Kandidaten in der NVK-Delegation plazieren, die Hongkonger Fortschrittsallianz sieben von

neun, die Liberale Partei einen von vier und der Bund der Gewerkschaften drei von drei. (SCMP, 9.12.1997).

Nach der Wahl machten einzelne Delegierte den Vorschlag, die Rechenschaftspflicht der gewählten NVK-Mitglieder in Hongkong etwa durch regelmäßige Berichte an die Wahlkonferenz sicherzustellen. Auch wurde angeregt, daß die NVK-Delegierten in Hongkong ein Verbindungsbüro für Koordinationszwecke errichten sollten. (SCMP, 9.12.1997)

Diese Koordinationsaufgabe ruhte bisher in den Händen der Xinhua-Zweigstelle. Auch ist es bislang nicht üblich, daß der Nationale Volkskongreß Delegiertenbüros auf lokaler Ebene errichtet. Für einen solchen innovativen Schritt wäre in jedem Falle die Genehmigung durch die Zentralregierung erforderlich. -hei-

38 Tung erstattet Bericht in Beijing - SVR Hongkong errichtet Vertretung bei der Zentralregierung

Tung Chee-hwa (Dong Jianghua), der Regierungschef der SVR Hongkong, hat im Dezember dem chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin erstmals einen offiziellen Bericht über die Entwicklung in Hongkong nach dem Souveränitätswechsel erstattet. Die Auswirkungen der regionalen Finanzkrise auf Hongkong sowie die bisher getroffenen Maßnahmen der SVR-Regierung standen im Zentrum des Treffens.

Jiang Zemin äußerte sich, wie schon mehrfach in den vorangegangenen Monaten, sehr zufrieden mit der Tätigkeit der SVR-Regierung. Trotz der Finanzkrise sei Hongkong gesellschaftlich und politisch stabil geblieben, die Hongkonger Wirtschaft sei weiterhin als „gesund“ einzuschätzen, der Lebensstil sowie die Freiheitsrechte in Hongkong hätten keine Einschränkung erfahren. Dadurch sei erwiesen, daß Beijings Autonomiezusagen - ausgedrückt in den offiziellen Konzepten „Ein Land, zwei Systeme“ sowie „Hongkonger regieren Hongkong“ - glaubwürdig und tragfähig seien. (Xinhua, 11.12.1997)

Tung Chee-hwa gab nach dem Treffen mit Jiang Zemin bekannt, daß er die Zustimmung der Zentralregierung für die Errichtung einer offiziellen Vertretung der SVR Hongkong in Beijing erhalten habe. Die Repräsentanz soll noch in den ersten drei Monaten des neuen Jahres eröffnet werden. Die SVR Hongkong folgt damit dem Beispiel chinesischer Provinzregierungen, die ebenfalls am Sitz der Zentralregierung ständige Vertretungen unterhalten. Diese Vertretungen nehmen vielfältige Funktionen wahr, etwa im Lobbying für die jeweiligen regionalen Interessen oder auch als Gästehaus für aus der Provinz angereiste Funktionäre.

Offiziell soll die Repräsentanz, so Tung, insbesondere die „Koordination und Kommunikation“ zwischen Hongkong und Beijinger Regierungsstellen verbessern helfen. (SCMP, 12.12.1997; RTHK Radio 3, Hongkong, 11.12.1997, nach SWB, 12.12.1997) Der SVR-Regierungschef strebt offensichtlich an, den hochrangigen Austausch zwischen Hongkonger und Beijinger Stellen erheblich zu verstärken. In diesem Zusammenhang sollen die Hongkonger Verwaltungschefin Anson Chan und der Finanzsekretär Donald Tsang regelmäßig nach Beijing kommen, um dort Kontakte zu pflegen und die notwendige Abstimmung mit der Zentralregierung in Verwaltungs- und Finanzfragen sicherzustellen. -hei-

39 Proteste gegen muttersprachigen Unterricht

Der Beschluß der Hongkonger Regierung, an gut 300 Sekundarschulen ab dem Schuljahr 1998/99 muttersprachigen Unterricht, d.h. Unterricht in Kantonesisch, einzuführen, hat in der Hongkonger Bevölkerung, insbesondere unter den betroffenen Eltern und Schülern, heftige Proteste hervorgerufen (vgl. dazu C.a., 1997/3, Ü 19 und 1997/10, Ü 27). Anfang Dezember 1997 war bekannt geworden, daß nur noch 100 Sekundarschulen den gesamten Unterricht in englischer Sprache erteilen dürfen. Von den 124 Schulen, die den Antrag gestellt hatten, weiter Englisch als Unterrichtssprache zu benutzen, müssen ab dem kommenden Schuljahr 24 zu chinesisch-

sprachigem Unterricht überwechseln. Zwanzig von ihnen haben förmlichen Protest gegen die Entscheidung eingelegt. (Vgl. SCMP, 9., 10., 16.12.97) Die meisten Eltern bevorzugten für ihre Kinder englischsprachigen Unterricht, weil sie der Meinung sind, gute Englischkenntnisse seien förderlich für die spätere berufliche Karriere. Pädagogenkreise hingegen sind sich weitgehend einig, daß bei muttersprachigem Unterricht die Lernerfolge größer sind. Ein weiteres Argument für die Einführung des Kantonesischen als Unterrichtssprache war, daß der englischsprachige Unterricht an der überwiegenden Zahl der Sekundarschulen von schlechter Qualität und das gemeinhin gepflegte Image von der Zweisprachigkeit der Hongkonger Schüler weitgehend eine Farce sei. Tatsächlich sei es gang und gäbe, daß im Unterricht eine Mischung aus schlechtem Chinesisch und schlechtem Englisch vorherrsche und die Absolventen keineswegs fließende Englischkenntnisse vorweisen könnten.

Die Kriterien, nach denen die Schulen ausgewählt wurden, die bei englischsprachigem Unterricht bleiben dürfen, waren die folgenden: Mindestens 85% der neu aufgenommenen Schüler (d.h. der untersten Klasse der Sekundarschule) müssen über so gute Englischkenntnisse verfügen, daß sie in englischsprachigem Unterricht lernen können. Ferner müssen die Lehrer die erforderlichen Englischkenntnisse haben, und die Schulen müssen die notwendigen Voraussetzungen erfüllen. Der Protest von seiten der 24 Schulen, die zu muttersprachigem Unterricht überwechseln müssen, wird mit dem Vorwurf begründet, die Kriterien seien von den Gutachtern nicht sachgerecht angewendet worden und die Entscheidung sei ungerecht. Der niedrige Standard des Englischen sei in erster Linie auf die großen Klassen und die Überlastung der Lehrer zurückzuführen, und im übrigen gebe es noch nicht genügend wissenschaftliche Untersuchungen über die Vorteile mutter- und fremdsprachigen Unterrichts (SCMP, 4. u. 5.12.97). Es wird versucht, den Einspruch rechtlich mit Art. 137 des Basic Law zu untermauern, wo es heißt, Bildungsinstitutionen dürften ihre Autonomie beibehalten und genossen akademische Freiheit (SCMP, 17.12.97). Die Frage

ist, inwieweit die Autonomie der Schulen auch die Unterrichtssprache einschließt. Die Entscheidung über den Einspruch soll im Januar 1998 fallen. -st-

40 Negative Einflüsse der Finanzkrise auf Hongkongs Wirtschaftswachstum erwartet

In ihrem Dezemberbericht zur Wirtschaftsentwicklung prognostiziert die Shanghai Banking Corporation ein Abflachen des Wirtschaftswachstums für 1998. Hongkong müsse versuchen, über Kostenanpassungen seine Wettbewerbsfähigkeit wiederzuerlangen.

Die Bank erwartet nur eine relativ geringe Zunahme des Außenhandels, der durch die Finanzkrise in Asien beeinträchtigt würde. Auch die Inlandsnachfrage werde gedämpft ausfallen aufgrund sinkender Vermögenswerte und höherer Kreditzinsen. Gegenüber dem für 1997 erwarteten Wirtschaftswachstum (BIP-Wachstum) von 5,4% geht die Bank für 1998 lediglich von einem Wachstumstempo von 4% aus.

Nach Einschätzung der Bank hat sich Hongkong im Verlauf der asiatischen Finanzunruhen recht gut geschlagen. Obwohl die enge Bindung des Hongkong-Dollars an den US-Dollar oft kritisiert worden sei, hätte sich eine Abkoppelung von der US-Währung für Hongkong weitaus destabilisierender ausgewirkt.

Aufgrund des Abflachens der inländischen Nachfrage wird für 1998 mit einer Inflationsrate von 5,3% gerechnet, die damit unterhalb der für dieses Jahr erwarteten Teuerungsrate von 5,9% liegen wird.

Aus der Sicht der Bank trägt der Rückgang der Inflation, der teilweise durch Anpassungen der Preise von Vermögenswerten bedingt ist, zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Hongkongs bei. (XNA, 29.12.97)

Die Aussichten für den Arbeitsmarkt beurteilt die Bank dagegen nicht besonders gut, sondern geht von einer leicht steigenden Arbeitslosigkeit (von derzeit 2,4% auf 3%) aufgrund der Schwäche des Dienstleistungssektors aus. Dagegen könnten sich die Immo-

bilienpreise bis zur Jahreshälfte 1998 wieder stabilisieren. Da im letzten Halbjahr die Preise bereits um rd. 20% gefallen seien, werde der Preisverfall in den nächsten Monaten weitaus geringer sein.

Dagegen befürchtet die Bank, daß ein Abflachen des Wirtschaftswachstums auf dem chinesischen Festland weitaus größeren Einfluß auf die Entwicklung in Hongkong haben könnte. (AWSJ, 30.12.97; NZZ, 16.12.97) -schü-

Macau

41 Chinesische Mahnung zur Beschleunigung der Vorbereitung auf die Übergabe Macaus

Angesichts der anstehenden Rückgabe Macaus an China in zwei Jahren - am 20. Dezember 1999 - forderte die chinesische Seite die Portugiesen erneut auf, die Vorbereitungsarbeiten dafür zu beschleunigen. In einem Interview mit der amtlichen chinesischen Presseagentur Xinhua am 15. Dezember wies Botschafter Han Zhaokang, Beijings Hauptunterhändler in der sino-portugiesischen Gemeinsamen Liaisongruppe, darauf hin, daß bis zur Lösung der wichtigsten Probleme für den reibungslosen Machtwechsel noch ein „langer Weg“ vor ihnen liege. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Einstellung einheimischer Chinesen in den Regierungsapparat, die Entkolonialisierung der Gesetze und die Verbreitung des Chinesischen als Amtssprache.

Bislang sind die meisten Posten auf der unteren Ebene der Verwaltungshierarchie bereits durch Einheimische besetzt. Vor kurzem wurde zum ersten Mal ein Chinese zum Dezerenten (section chief) einer Regierungsabteilung ernannt. Han zufolge haben die Portugiesen zugesagt, bis Ende 1998 grundsätzlich die Ämter auf Referats- und Abteilungsebene zu „lokalisieren“. Was die „Lokalisierung“ (Reform) des Rechtssystems und die Realisierung des Chinesischen als Amtssprache anbetrifft, wurden

vor allem das Straf- und das Strafprozeßgesetz geändert. Die seit 1990 erlassenen Gesetze sind schon meist in Chinesisch verfaßt. Übersetzungen anderer wichtiger Gesetze sind im Gange. Zur Zeit sind über 90% der Regierungsdokumente sowohl in Portugiesisch als auch in Chinesisch veröffentlicht. Seit 1996 wurden mehrere einheimische Juristen mit portugiesischen und chinesischen Sprachkenntnissen zum Richter bzw. Staatsanwalt ernannt. Ferner hat die Liaisongruppe begonnen, über einige mit dem Machtwechsel unmittelbar im Zusammenhang stehende Angelegenheiten wie die Akten- und Vermögensübergabe und Beamtenpensionen zu verhandeln. Han sagte, Verhandlungen über einige Belange hätten noch nicht angefangen oder seien auf Schwierigkeiten gestoßen. „Während der letzten zwei Jahre der Übergangszeit Macaus sollen wir in dem hohen Bewußtsein von historischer Verantwortung eine große Menge von schwierigen und komplizierten Arbeiten erledigen, die vor uns liegen.“ Für die stabile politische Wende sei es vor allem erforderlich, die „Lokalisierung“ (also Entkolonialisierung) der Ämter auf Sektions- und Abteilungsebene sowie der Gesetze zu beschleunigen (XNA und SWB, 18.12.97).

Beim EU-Besuch des Gouverneurs Rocha Vieira in Brüssel Anfang Dezember befanden sich zum ersten Mal in der Regierungsdelegation auch zwei Chinesen aus Macau, Edmundo Ho und Susana Chou. Da dies als eine symbolträchtige Geste gilt, vermutet man, daß die zwei eine führende Rolle nach der politischen Wende spielen werden. Ho, gegenwärtig Vizepräsident des Legislativrats von Macau, soll möglicherweise der zukünftige Regierungschef des Territoriums unter chinesischer Souveränität werden (SWB, 8.12.97). -ni-

42 Aktuelle Wirtschaftslage

In den ersten zehn Monaten 1997 hatten die Gesamtexporte Macaus mit 14,2 Mrd. Patacas (7,97 Patacas = 1 US\$) gegenüber dem Vorjahreszeitraum einen Zuwachs von 10,4% und die Importe mit 13,8 Mrd. Patacas einen von 4,5% zu verzeichnen. Dar-